

LESEROBMANN

Das ist das Dilemma



REINHARD OLDEHEWE

TELEFON: 0371 656-65666 (10-12 Uhr)
TELEFAX: 0371 656-17041
E-MAIL: leser-obmann@freiepresse.de

Politische Kolumnen fließen mir nicht so leicht aus der Feder wie launige; auch machen mir Texte mehr Spaß, wenn ich darin ein Augenzwinkern verstecken darf. Doch heute geht es nicht anders: Zwei Themen, die in den vergangenen zehn Tagen am Telefon eine große Rolle gespielt haben, will ich Ihnen nicht vorenthalten.

Denn elf Mal habe ich nach den Meinungen unter der Überschrift „Dieser Weg ist der falsche“ vor einer Woche im Leserforum diese Frage wörtlich oder sinngemäß gehört: Welche Partei soll ich im September wählen, damit diese Drohgebärden der Nato an der Grenze zu Russland endlich aufhören? „Ganz ehrlich? Ich habe große Angst“, fügte eine Anruferin hinzu, während ein Leser meinte: „Für mich ist das ein gefährliches Säbelrasseln, ich mache mir große Sorgen deswegen.“

Reagiert habe ich immer mit einer Gegenfrage: „Erwarten Sie wirklich eine Antwort von mir?“ In allen Fällen war dies der Anfang eines Meinungsaustausches über Inhalte von Parteiprogrammen und mögliche Regierungskoalitionen nach der Bundestagswahl. Letztendlich aber, wenn ich danach gefragt habe, standen mir die Leser dies: „Das ist doch gerade das Dilemma, dass es eine Antwort nicht gibt und wir jetzt damit umgehen müssen“, formulierte es ein Mann, woraufhin ich meinte, dass man die Quintessenz der 14 Artikel innerhalb der Serie „Baustelle Demokratie“ kaum besser hätte auf den Punkt bringen können. Allen versprach ich: „Ich werde meine Kollegen in der Redaktion bitten, dieses Thema bis zur Wahl nicht aus den Augen zu verlieren.“

Zweites Thema: Mit mehr als zehn Lesern habe ich auch über einen Punkt im Funktionieren des politischen Systems gesprochen. Ausgangspunkt war der Weg bis zur Entscheidung im Bundestag über die „Ehe für alle“ und die Tatsache, dass die Kanzlerin den Fraktionszwang aufgehoben und die Abstimmung zur Gewissensfrage erklärt hatte. Neun Anrufer meinten, dass es für die Abgeordneten laut Artikel 38 des Grundgesetzes überhaupt keinen Fraktionszwang geben dürfte, er also ein Verstoß gegen unsere Verfassung sei.

Bei diesen Unterhaltungen habe ich meine Sicht erläutert: Die Bundestagsabgeordneten wissen, dass sie sich nur ihrem Gewissen zu unterwerfen haben. Und genau das tun sie auch. Denn sie können es unter Umständen mit ihrem Gewissen vereinbaren, bei einer Abstimmung gegen ihre Überzeugung zu stimmen, weil sie davon ausgehen können, dass ihre Karriere bald zu Ende wäre und sie bei der nächsten Wahl weder einen sicheren Listenplatz bekommen, noch als Direktkandidat nominiert würden, wenn sie gegen die politische Linie der Parteispitze stimmen. Was bedeutet: Ihr Gewissen signalisiert ihnen im Zweifelsfall, dass es nicht falsch ist, wenn ihnen das Hemd näher als der Rock ist und sie ihre Ideale dem eigenen Weiterkommen unterordnen. Das finde ich schlimm, aber leider weiß ich keinen Weg, wie man ganz konkret daran etwas ändern könnte. Kennen Sie einen? Rufen Sie mich an.

HINWEIS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwahrend zu bearbeiten. Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers und nicht die der Redaktion wieder. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Am Ende doch nur Wahlkampfmanöver?

Bei den Autoren der Leserbriefe zu den Berichten über die Entscheidung im Bundestag haben die Gegner der „Ehe für alle“ eine deutliche Mehrheit. Dabei sparen sie in ihrer Kritik nicht an unmissverständlichen Argumenten.

Grundgesetz schützt Familie

Inhalte des Ehebegriffs wurden aufgegeben, um die gleichgeschlechtliche Partnerschaft passend zu machen, um sie auf dem Altar der Politik im Vorfeld der Wahlen zu opfern. Es geht nicht um Diskriminierung der Homosexuellen, denn diese sind durch die Möglichkeit des Eintrages als gleichberechtigte Partner geschützt. Im Artikel 6 haben die Väter des Grundgesetzes den Schutz der Familie formuliert. Ich glaube nicht, dass sie dabei an homosexuelle Partnerschaften gedacht haben. Dieses Gesetz sollte auch in Zukunft Bestand haben. Gleichgeschlechtliche Beziehungen sollten nicht mit Ehe von Mann und Frau gleichgestellt werden dürfen. Dass es auch Pfarrern freigestellt wird, so die Entscheidung von Landeskirchen, nach ihrem Gewissen zu entscheiden, ob sie homosexuelle Paare trauen wollen, finde ich abwegig. Ich kann mir nicht vorstellen, wie ein Pfarrer über dieses Thema predigen will, der zuvor ein gleichgeschlechtliches Paar getraut hat. (...)

Reiner Arnold, Marienberg

Von Problemen weit entfernt

Dieser mit Tempo, Konfetti und Hallo gefeierte Beschluss des Deutschen Bundestages zeigt doch, wie weit entfernt die Parlamentarier von den drückenden Problemen unseres Volkes entfernt sind. Seit Jahr und Tag dümpelt der Großflughafen in Berlin mit täglichen Kosten von 1,35 Millionen Euro vor sich hin. Aber Hauptsache, Berlin ist sexy. Besitzern von Dieselaautos drohen Fahrverbote und damit eine kalte Enteignung. Die Einzigen, die dagegen vorgehen, sind die USA mit ihrem auch gescholtenen Präsidenten. Oder haben sich unsere Abgeordneten schon mal ernsthaft mit dem Thema „Krankenhauskeime“ befasst? Die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene geht von 900.000 Infektionen und 30.000 bis 40.000 Todesfällen pro Jahr aus. Das interessiert ernsthaft keinen. Viel wichtiger ist es, den Ehebegriff zu entkernen, zu dekonstruieren und die Union als Hüterin konservativer Werte vorzuführen.

Günter Schlag, Auerbach/E.



Angela Merkel (CDU) wirft ihre rote Nein-Stimmkarte ein; sie ist gegen die „Ehe für alle“.

FOTO: MICHAEL KAPPELER/DPA

Vorurteile endlich überwinden

Wir sind gerne Weltmeister, im Export, beim Fußball. Manchmal sind wir Papst, selten sind wir aufgeschlossen genug, Muster zu durchbrechen. Fast scheint die Freigabe der Ehe für alle einem kleinen Wunder gleichzukommen. Aber nur fast, denn da sind noch immer die, für die der Begriff „Ehe“ nur beim Vertragsabschluss zwischen Mann und Frau Anwendung finden sollte, und das ohne ein Recht auf die Adoption von Kindern. Als Begründung dient ihnen der besondere Schutz der Familie. Diesen hat wohl keine Familie nötig. Das haben andere Länder, die religiös eher konservativ einzustufen sind, bereits herausgefunden. Während bei unseren Nachbarn das Recht auf Adoption gleichgeschlechtlicher Paare besteht, glauben bei uns noch immer Menschen mit fadenscheinigsten Argumenten, dass durch eine Mann/Mann- oder Frau/Frau-Familie dem Kind bestenfalls etwas vorenthalten wird und schlimmstenfalls seelische Schäden entstehen. Das sind aber alles nur theoretische Annahmen, deren Belegbarkeit in der Praxis aussteht. Wirkliche Probleme erwachsen Kindern aus dem Unverständnis in der Gesellschaft. Legen wir den Glauben an unsere Vorurteile endlich beiseite – das wäre wirklich (welt-)meisterlich.

Petra Lindner, Freiberg

Geschichte wird es zeigen

Die „Ehe für alle“ – diese Interpretation ist der falsche Ansatz, denn es geht um die Ehe von Homosexuellen. Wären da nicht die Wahlen im September, hätten die Parteien von links bis rechts das Thema nicht so schnell aufgegriffen. Nun wänte man aber die Chance, es in den Wahlkampf einzubeziehen. Denn man will ja die Stimmen derer, die schon lange eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen für Homosexuelle fordern. Nun darf man gespannt sein, wie viele dieser Paare einen Antrag zur Adoption von Kindern stellen werden. Eines ist wohl aber nicht zu leugnen: Sie tragen in keiner Weise dazu bei, den Nachwuchs in unsrer Gesellschaft zu fördern. Auch wenn sich Deutschland nun für die „Ehe für alle“ wie viele europäische Länder entschieden hat, wird der Lauf der Geschichte eine Antwort darauf geben, ob diese Entscheidung die richtige war. Auch viele können sich irren und wenige können recht haben.

Lothar Schumann, Chemnitz

Im Zeitalter der Beliebigkeit

Der Konfettiregen ist nach Merkels „lapsus linguae“ nicht nur Ausdruck des Koalitionsbruchs, sondern ein weiteres Signal für den Aufbruch ins Zeitalter der Beliebigkeit. Die C-Parteien haben die Position ihrer Wertvorstellungen geopfert, um von der

SPD dieses (scheinbar wichtige) Thema nicht auch noch im Wahlkampf um die Ohren zu bekommen. Alles nur Kalkül? Auch wenn Konservative die „Ehe für alle“ als den ultimativen Durchbruch für den Gender-Wahnsinn sehen könnten, ist es doch, gemessen an der Verhältnismäßigkeit von 0,3 Prozent zwischen den eingetragenen Partnerschaften zu den heterogenen Ehen, so interessant wie der umfallende Reissack in China. Weil sich die Ehe in der Vergangenheit ohnehin von vielen traditionellen Vorstellungen entkoppelt hat, beispielsweise wie lebenslange Monogamie, wird nun die Verbindung aufgelöst, dass in einer Ehe zwei Menschen verschiedenen Geschlechts verbunden sind. Das kann man tolerieren, akzeptieren muss man es nicht. Allerdings scheint ein Tabubruch zu erfolgen, weil die Zweifelsfälle für das Zusammenleben keinesfalls für alle Zeit ausgeräumt sind. Die „Ehe für alle“ ist eben nicht für alle, sondern auf Zweierbeziehungen nicht verwandten Menschen begrenzt. Warum wollen die bunten Abgeordneten demnächst nicht schon wieder im Konfettiregen stehen, wenn es zu feiern gibt, dass sich Schwestern verheiraten und adoptierte Kinder großziehen, schwule Partner mit der biologischen Mutter ihres Kindes verheiratet sind (...)? Wenn ein Staat nicht definieren kann oder will, was eine

Ehe ist, werden Freiräume für die abwegigsten Vorstellungen geschaffen. Der Anfang ist gemacht, weil er grundlegend darauf verzichtet, die sexuelle Orientierung als Kriterium zu nehmen, ob Menschen heiraten dürfen oder nicht. (...)

Achim Tröger, Zwickau

Widerspruch zum Kindeswohl

Die „Ehe für alle“ bringt das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Genau dies widerspricht dem Kindeswohl. Es gibt schon zu viele Kinder, die aus anderen Gründen ein Leben lang eine Mama oder einen Papa entbehren müssen. Und wie geht es weiter? Wann erreicht die Gender-Mafia die Zulässigkeit von Polygamie und Sologamie? Auch letztere gibt es schon. Es wäre die Ehe für Alleinstehende. Man heiratet sich selbst und spart wegen des Ehegatten-Splittings Steuern.

Peter Blaudeck, Neukirchen

Eigene Fraktion überfahren

Der Bundestag hat dem Gesetz „Ehe für alle“ nach der geschickten Handhabung durch die Kanzlerin zugestimmt – Schabowski lässt grüßen. Einmal mehr hat sie ihre Fraktion regelrecht überfahren. Ziel erreicht: Vom Netzdurchsetzungsgesetz von Heiko Maas sprach niemand mehr. Das ist echter Wahlkampf, wie ihn die etablierten Parteien im Grundkonsens von halb links bis ganz links – andere gibt es außer FDP und AfD nicht mehr – verstehen: Dem Volk soll mit nebensächlichen Themen das Hirn verkleistert und die wirklich wichtigen, den Bürger bewegenden Fragen außen vor gelassen werden. Das hat vor Wahlen immer funktioniert, und das wird auch diesmal seinen Zweck erfüllen. Dass mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz nach dem Bundestrojaner eine weitere Vorlage zur Einschränkung der Meinungsfreiheit durchgewinkt wurde, regt weder die Medien, noch die Mehrheit der Abgeordneten das Hirn von dem Schutz der Demokratie verpflichtet sein sollten, besonders auf. Die Netzbetreiber werden aufgefordert, offensichtlich rechtswidrig angezeigte Inhalte bei Androhung hoher Strafen fristgemäß zu löschen. Es geht gegen „hate speeches“. Das Grundproblem wird dabei eher verkürzt dargestellt. Hass als solcher ist ein Gefühl. Auch negative Gefühle erfüllen in Deutschland keinen Strafbestand. Und Hassreden, eben „hate speeches“, erfüllen ihn von vornherein ebenso wenig, weil sie nicht zwangsläufig mit Aufrufen zu Gewalt verbunden sein müssen. Erst Gewalt und Aufstachelung zu kriminellen Handlungen, und darum geht es im Kern, sind eindeutig gesetzwidrig. (...)

Klaus Pagenkopf, Werdau

Schon vorher perfekte Lunte für Pulverfass gelegt

Bereits die ersten beiden Lesermeinungen (weitere folgen) zu den Berichten und Kommentaren über den G-20-Gipfel in Hamburg machen deutlich: Der Kritikpunkte gibt es viele.

Viele Fragen, keine Antworten

Der Sinn des Treffens der G20 ist wohl nicht generell zu bezweifeln. Über die Auswahl des Standortes muss man aber kritisch urteilen können, weil die Kanzlerin diesen Tagungsort favorisiert hat, da sie, in Hamburg geboren, irgendein Zeichen für ihre Geburtsstadt setzen wollte. Dass eine von der SPD regierte Stadt ausgesucht wurde, von der

jeder halbwegs politisch Interessierte weiß, welch gewaltbereite linke Szene dort aktiv ist, bleibt ein Geheimnis der Regierenden in Berlin. Hamburger wurden nicht gefragt, ob sie das Treffen mit gravierenden persönlichen Einschränkungen befürworten. Die Polizisten hat auch niemand gefragt, ob sie sich dem Risiko von Verletzungen aussetzen wollen. Die Geschäfts- und Ladeninhaber wurden auch nicht befragt, ob sie ihre Vorsichtsmaßnahmen oder Umsatzeinbußen ersetzt bekommen. Die Stadtwerke haben bestimmt nicht mit Freude viele Gullydeckel verschweiß und kilometerlange Sperrzäune und Sperrschilde aufgestellt. Hinzu kommt, dass der Aufwand mit rund 130 Millionen Euro aus Steuergeldern die perfekte Lunte für das Pulverfass G20 darstellt. Wen wundert es da, dass das Treffen Demonstranten und Kraxenmacher anzieht, zumal bezi-



Viele Bürger haben sich nach dem G-20-Gipfel an der Aktion „Hamburg räumt auf“ beteiligt. FOTO: C. GATEAU/DPA

felt werden muss, dass bei der Ansammlung von Staatslenkern und deren Gefolge konkrete Ergebnisse erwartet werden können. Warum

kommt niemand auf die Idee, ein solches Treffen auf hoher See auf einem Luxusliner abzuhalten? Vielleicht, weil einige der Potentaten nicht mit einer Entourage von 600 bis 1000 Leuten zu so einem Gipfel antreten können? Oder weil Eitelkeiten der Gastgeber nicht passend darstellbar sind? Oder ist das Schutzbedürfnis der Herrschenden so groß, dass man bezweifelt, dass die Bundesmarine dieses Schiff ausreichend schützen könnte? (...) Es sind viele Fragen, auf die die Regierenden keine Antwort geben können. Nur eines versteht das Volk ziemlich gut: Nicht eigenes Geld auszugeben ist einfach und weltweit verbreitet, um der eigenen Darstellung und Gefallsucht willen. Es gibt schwerwiegendere Probleme auf der Welt, wofür ein Teil dieser überzogenen Aufwendungen sinnvoller zum Einsatz kommen könnte. (...)

Volker Meyer, Chemnitz

Grundrechte missbraucht

In Hamburg sahen wir wieder einmal die Perversion der Grundrechte. Das Recht auf Demonstrationsfreiheit wird missbraucht, um Chaos und Gewalt auszuloben. Die Aussage von Andreas Blechschmidt, dass die Einsatzleitung der Polizei die Randalen ausgelöst habe – so nach dem Motto, es gibt nur Kriminalität, wenn sie verfolgt wird –, ist unerträglich. Er als Anmelder der Demonstration „Wellcome to hell“ sollte für die Schäden, die von „seiner“ Demo ausgingen, haften, aber wahrscheinlich werden die Opfer auf den Kosten sitzenbleiben. Der schwarze Block kam nur nach Hamburg, um Randalen zu machen, und es sollte mal gefragt werden, wer diese Leute bezahlt, denn Personen, die einer normalen Tätigkeit nachgehen, haben weder Zeit noch Geld, um Randalen zu machen.

Niels Engler, Gornau